

# Pressemitteilung

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bezirk  
Berlin-Brandenburg**

**Abteilung Presse**

PM 69/08  
03.11.08

## **Wirtschaftsförderung in Brandenburg muss auch Arbeitsbedingungen im Blick haben**

Auf Defizite bei der Brandenburger Wirtschaftsförderung hat der DGB auf einem Fachforum zu den EU-Fonds hingewiesen: Einerseits flößen allein bis zu 90.000 Euro an öffentlichen Fördermitteln je Arbeitsplatz in die Hightech-Branchen; andererseits zahlten die Unternehmen dort des Öfteren Niedriglöhne und missachteten Mitbestimmung und die Betriebsverfassung. Doro Zinke, stellv. Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg forderte auf dem Fachforum „Die Neuausrichtung der Brandenburger Förderpolitik - eine Erfolgsgeschichte?“, bei der Vergabe von Millionensubventionen der EU auch auf qualitative Kriterien wie menschenwürdige Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu achten. Ansonsten handele sich die Brandenburgische Landesregierung als Verwalterin der Fondsmittel den Vorwurf ein, Arbeitnehmerinteressen zu ignorieren und den Billiglohnsektor zu fördern. Denn bspw. in der Photovoltaikindustrie lägen die Einkommen rd. 30 Prozent unter Westniveau.

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medien-  
neu\2008\Förderpolitik-Brdg-EU.doc

E-Mail:  
[Dieter.Pienkny@dgb.de](mailto:Dieter.Pienkny@dgb.de)

Internet:  
[www.Berlin-Brandenburg.DGB.de](http://www.Berlin-Brandenburg.DGB.de)

Die DGB-Vize machte in diesem Zusammenhang auf den DGB-Index „Gute Arbeit“ aufmerksam. Dort hatten in einer bundesweiten Befragung die Beschäftigten quer durch alle Branchen ihren Unternehmen schlechte Noten ausgestellt: Beim Stichwort Arbeitsplatzsicherheit seien nur 47 von 100 Punkten vergeben worden; die allgemeine Arbeitszufriedenheit wurde als schlecht gewertet und bekam 57 Punkte. Bei den Einkommen lag der Wert sogar nur bei 39 Punkten. Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zähle auch, so Zinke, darauf hinzuwirken, dass die Menschen Löhne erhielten, von denen sie auch leben könnten. Lohndrückerei verbiete sich, gerade auch in Zukunftsbranchen. Ansonsten bräuchte sich die Landesregierung nicht zu wundern, wenn die Abstimmung mit den Füßen stattfindet und gerade junge, qualifizierte Frauen das Weite suchten. Der daraus resultierende Fachkräftemangel bedrohe dann die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes.



Verantwortlicher  
Redakteur:  
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3  
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111  
Telefax 030 - 21240-114